

# Blutige Selbstkritik der Diktatur : zu den Moskauer Prozessen

Autor(en): **Walter, Emil J.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **17 (1937-1938)**

Heft 8

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-333139>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

nur deshalb, weil ein großer Teil der politisch Organisierten politisch *nicht* geschult ist.

Es mag unangenehm sein, diese Feststellungen machen zu müssen. Aber diese Zustände bedeuten eine eminente Gefahr für die Demokratie und den Sozialismus. Wenn man eine wirklich geschulte, demokratische Bevölkerung hat, dann ist die Demokratie so stark, daß sie überhaupt *nicht* überwunden werden kann. Eine politisch geschulte, sozialistische Arbeiterschaft ist eine Kraftquelle für den Fortschritt, wie man sie sich größer gar nicht vorstellen kann.

Es muß ausgesprochen werden, daß die politische Schulung in den Grütlivereinen vor Jahrzehnten und in den Arbeiterbildungsvereinen viel intensiver betrieben wurde, als heute die politische Schulung in den meisten Organisationen betrieben wird.

Der einzelne von damals hatte das Bedürfnis, sich politisch zu schulen. Er litt nicht unter der Ueberheblichkeit, daß er schon alles wisse. Er bildete sich nicht ein, daß er aus dem Gefühl heraus sofort eine Frage entscheiden könnte und daß ihm Geistesblitze aus den schwierigsten Situationen heraushelfen würden. Er wußte, daß alles *erarbeitet* werden muß, durch das Studium von belehrenden Artikeln, Broschüren und Büchern. Er wußte, daß Diskussionen und das Austragen gegensätzlicher Meinungen bildend wirken. Er wußte, daß Schulungskurse eine glänzende Gelegenheit sind, um Wissen zu erwerben. Er wußte, daß *Wissen Macht* ist. Und weil er das wußte, würdigte er die Macht des Wissens und der Schulung richtig. Er hatte das Bestreben, sich weiter zu bilden, um überlegt (aus der Erfahrung heraus) in einer Frage mitsprechen zu können. Nicht, wie das heute oft der Fall ist, daß man glaubt, man solle keine andere Meinung sagen, damit die Angelegenheit *rasch* erledigt sei.

Politische Schulung muß in den Vordergrund gestellt werden; denn Schulung ist für jedes ernsthafte Wissen notwendig, ist für jedes ernsthafte Können und Handeln unerläßlich. Das wissen der Sportler und der Sänger; jeder Berufsmann weiß es. Nur bei der Politik nimmt man an, daß alles von selbst komme. Ein *Irrtum* von katastrophaler Auswirkung, wenn er große Massen befällt. Ein Irrtum, der automatisch dem Faschismus und der Diktatur den Weg ebnet. Ein Irrtum, der deshalb überwunden werden muß.

Politische Schulung ist somit ein *Gebot der Stunde*.

---

## **Blutige Selbstkritik der Diktatur (zu den Moskauer Prozessen)**

Von Emil J. Walter.

Bucharin und weitere 17 Genossen wurden erschossen. Die Propaganda der Stalinklique und Stalinfreunde will uns glauben machen, Verräter, Verbrecher, Saboteure, Spitzel und Spione seien hingerichtet worden. Daß die vier großen russischen Prozesse mit ihrer erbarmungslosen

Vernichtung der wirklichen und angeblichen Opposition eine nicht mehr wieder gut zu machende Diskreditierung einer gewissen Form des »proletarischen« Sozialismus bedeuten, liegt auf der Hand. Auf die durch die Moskauer Prozesse aufgeworfenen politischen Probleme werden wir in einem zweiten Artikel (Vierte Internationale?) eintreten. Vorerst wollen wir bloß einige Daten und Tatsachen\* festhalten, um die Bedeutung der russischen Ereignisse für die Zukunft und die Notwendigkeit einer Umstellung des europäischen Sozialismus gebührend zu beleuchten.

9. März 1917 (nach alter russischer Zeitrechnung, die 1918—1923 durch die westeuropäische ersetzt wurde, der 23. Februar 1917). Streik von 90 000 Arbeitern und Arbeiterinnen in Petrograd.
13. März 1917. Petrograd ist in den Händen der Arbeiterschaft und der zu den Revolutionären übergegangenen Garnison. 1443 Tote und Verwundete. Leiter der bolschewistischen Organisation: Schljapnikow, Saluzki, Molotow.
14. März. Es wird ein Sowjet der Arbeiterdelegierten gegründet, der am folgenden Tage mit seinem berühmten Befehl Nr. 1 die politischen Aktionen der Truppen der Petrograder Garnison dem Kommando des »Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten« unterstellt.
- Am gleichen Tage übernimmt ein provisorisches Komitee der Duma die Regierung: Ministerpräsident Fürst Llow, Kerenski (Justiz), Miljukow (Aeußeres), Gutschkow (Krieg).
15. März. Abdankung des Zaren.
28. März. Trotzki reist aus Neuyork ab. Einstimmige Annahme des Manifestes »An die Völker der ganzen Welt« im Sowjet.
29. März. Kamenew, Stalin und Muranow übernehmen die Redaktion der bolschewistischen »Prawda«.
9. April. Abreise von Lenin und Sinowiew aus Zürich.
17. April. Ankunft Lenins in Petrograd.
21. April. Die »Prawda« veröffentlicht Lenins »Thesen vom 18. April«, welche den Sturz der imperialistischen Regierung und deren Ersatz durch die Regierung der Sowjets fordert, sowie den Beginn der internationalen Revolution proklamiert. Lenin schlägt vor, die Bolschewistische Partei Kommunistische Partei zu nennen.
16. Mai. Miljukow tritt wegen seiner Note vom 1. Mai an die Ententemächte zurück.
18. Mai. Ankunft Trotzkis in Petrograd.
19. Mai. Koalitionsregierung unter Fürst Llow (unter 15 Ministern 6 Sozialisten; Kerenski Kriegsminister) durch den Sowjetkongreß bestätigt.

---

\* Es wäre möglich, daß diese oder jene Einzelheit angesichts der großen Schwierigkeiten, sich über Rußland wirklich einwandfreies Material zu verschaffen, nicht ganz richtig wiedergegeben ist. Aber in den Grundzügen dürfte es sich um unbestreitbare Dinge handeln.

30. Juni. Julioffensive der russischen Südwestarmee. Niederlage.
- 16.—20. Juli. Demonstration der Petrograder Arbeiter gegen den Krieg. Anschließend Verfolgung der Bolschewistischen Partei. Trotzki tritt mit Uritzki, Joffe, Lunatscharski, Karachan u. a. in die Bolschewistische Partei ein.
21. Juli. Rücktritt der Koalitionsregierung des Fürsten Llow. Kerenski wird Ministerpräsident.
- 10.—16. September. Kornilow-Putsch. Kornilow verhaftet.
18. September. Trotzki wird freigelassen. Die Bolschewistische Partei organisiert den Staatsstreich.
21. Oktober. Die Bolschewiki verlassen das Vorparlament auf Grund einer Erklärung Trotzkis.
27. Oktober. Einsetzung des militärischen Revolutionskomitees der Petrograder Garnison (Mitglieder Trotzki, Antonow-Owssejenko, Swerdlow, Uritzki, Joffe, Dybenko u. a.). Lenin in der Illegalität vom 20. Juli bis 7. November. Am 23. Oktober beschließen unter Lenins Führung 12 Mitglieder des Zentralkomitees (von 21) der Kommunistischen Partei mit 10 gegen 2 Stimmen (Sinowiew und Kamenew) den Aufstand gegen Kerenski. In der gleichen Sitzung wird auf Antrag Dserschinskis ein besonderes politisches Büro (später Politbüro) aus 7 Mitgliedern gewählt: Lenin, Trotzki, Sinowiew, Kamenew, Stalin, Sokolnikow, Bubnow. Dieses Büro trat nach Trotzkis Aussage in dieser Zusammensetzung nie zusammen. Die durch den Kornilow-Aufstand legalisierte Rote Garde wird ausgebaut.
- 7./8. November. Militärischer Aufstand der Bolschewistischen Partei in Petrograd mit etwa 20 000 Mann. Der Sowjetkongreß wählt ins Präsidium: Lenin, Trotzki, Sinowiew, Kamenew, Rykow, Nogin, Skljanski, Krylenko, Antonow-Owssejenko, Rjasanow, Muranow, Lunatscharski, Kollontay u. a. Der Rat der Volkskommissäre wird bestellt aus Lenin, Rykow (Inneres), Miljutin (Landwirtschaft), Nogin (Handel und Industrie), Trotzki (Auswärtiges), Lomow (Justiz), Stalin (Nationalitäten), Lunatscharski (Volksbildung), Schljapnikow (Arbeitskommissariat), Teodorowitsch (Ernährung), Krieg: Antonow, Krylenko und Dybenko, Glebow (Post und Telegraph). Kamenew präsidiert das Zentralexekutivkomitee, Sinowiew wird Chefredakteur der »Prawda«.
17. November. Sinowiew und Kamenew, wie auch Losowski treten für eine Koalition der sozialistischen Parteien ein.
19. Januar 1918. Die Nationalversammlung wird aufgelöst.
3. März 1918. Friede von Brest-Litowsk.
10. März 1918. Verlegung der Residenz von Petrograd nach Moskau.
- 1918—1921. Bürgerkrieg und Periode des *Kriegskommunismus*.

Das *Politbüro* wird zu Beginn 1918 auf vier Mitglieder reduziert: Lenin, Trotzki, Swerdlow und Stalin. Das Politbüro bereitet die politischen Entscheidungen des Zentralkomitees der KPR. vor. Waren Stalin und Trotzki an der Front, so wurden von Swerdlow und Lenin öfters Krestinski oder Kamenew, Bucharin, Préobrajenski

oder Sérebriakow beigezogen. Swerdlow wird Präsident des Zentralexekutivkomitees. Nach seinem Tode wird er ersetzt durch Kalinin, das Politbüro wird auf 5 Mitglieder: Lenin, Trotzki, Stalin, Sinowiew und Kamenew erweitert. 1919 wird das fünfköpfige Orgbüro gegründet, dessen Sekretariat von drei Mitgliedern (Krestinski, Préobrajenski und Sérebriakow) zugleich die Sekretariatsgeschäfte des Politbüro besorgt.

24. Januar 1919. Aufruf des Zentralkomitees der KPR. zur Gründung der *Dritten Internationale*. 16. März 1919 erster Kongreß der Kommunistischen Internationale. Eingeladen waren 39 Parteien und Organisationen. Russische Vertreter: Lenin, Trotzki, Stalin, Bucharin, Tschitscherin, Obolenski, Worowski, als Vertreter der Balkanföderation Rakowski.

7. August 1919 bis 17. Juli 1920. Zweiter Kongreß der Dritten Internationale formuliert die berühmten 21 Bedingungen.

Die staatlichen Organe, wie der Rat der Volkskommissäre, das Zentralexekutivkomitee, der Oberste Wirtschaftsrat, der Rat der Arbeit und Verteidigung, der Revolutionäre Kriegsrat, die Tscheka wurden der politischen Leitung durch Polit- und Orgbüro unterworfen, ohne daß dies den Parteimitgliedern zum Bewußtsein gekommen wäre. Die Monopolisierung der Presse, die 1918 verkündete Sowjetverfassung förderten die Zentralisierung der politischen Macht. Der Oberste Rätekongreß wird durch indirekte Wahlen aus den lokalen Sowjets über Kreis-, Provinzräte usw. gebildet. Der Rätekongreß delegiert die politische Macht an seinen Ausschuß, das Zentralexekutivkomitee, das seinerseits wiederum den Rat der Volkskommissäre wählt. Da aber andere politische Parteien mit polizeilicher Gewalt unterdrückt wurden (nach dem Frieden von Brest-Litowsk schieden die Linken Sozialrevolutionäre, welche den »Oktoberaufstand« mitgemacht hatten, aus der Sowjetregierung aus), lag die politische Macht in den Händen der leitenden Instanzen der Kommunistischen Partei. Die Sowjetverfassung übertrug übrigens das Prinzip des Aufbaues der Kommunistischen Partei auf die Staatsorganisation mit einer Differenzierung des offenen Wahlrechtes von 1 : 10 zugunsten der städtischen Bezirke.

1920/21. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die wachsende Zentralisierung der politischen Macht, die Entwicklung bürokratischer Verwaltungsmethoden führen zu einem schweren Konflikt zwischen Lenin und Trotzki. Letzterer schlägt die Verstaatlichung der Gewerkschaften vor. Ihn unterstützen Dzerjinski, Rakowski, Bucharin, Sokolnikow, Piatakow, Andréjew, Krestinski, Préobrajenski, Sérebriakow. Lenin gelingt es nur mit Mühe, im Zentralkomitee die Mehrheit zu erringen. Auf seiner Seite stehen Stalin, Sinowiew, Kamenew, Kalinin, Tomski, Roudzoutak. Im März 1921 unterliegt Trotzki mit 50 gegen 336 Stimmen für Lenin und 18 Stimmen für die Arbeiteropposition auf dem 10. Rätekongreß. Trotzki's Anhänger werden bis auf vier aus dem Zentralkomitee weggewählt. Letzteres wird auf 25 Mitglieder erweitert. Krestinski, Préobrajenski und

Sérébriakow werden als Sekretäre durch Molotow ersetzt, Stalin ist zugleich Mitglied des Polit- wie des Orgbüros. Noch während des Kongresses bricht der Aufstand der Kronstädter Matrosen aus, der blutig unterdrückt wird, trotzdem nur freie Sowjetwahlen gefordert werden.

21. März 1921. Verkündigung der *Neppolitik*. Vorübergehende Lockerung der Staatswirtschaft, Liquidation der Periode des Kriegskommunismus durch Lenin.

1922. Nach dem 11. Parteikongreß wird Stalin Generalsekretär des Politbüros mit Molotow als 2. Sekretär. Die Tscheka wird als GPU reorganisiert. Lenin erleidet einen ersten Schlaganfall, erholt sich aber im Laufe des Jahres wieder. Der 3. Kongreß der Dritten Internationale gibt die Parole aus: »An die Massen heran« (Einheitsfront). Sinowiew präsidiert den Sowjet von Petrograd, Kamenew den Moskauer Sowjet, Bucharin leitet die Presse, Kalinin ist Präsident des Zentralexekutivkomitees, Rykow Präsident des Obersten Wirtschaftsrates, später des Rates der Volkskommissäre, Sinowiew, Radek und Bucharin leiten die Dritte Internationale.

21. Januar 1924. Tod Lenins. Der Kampf um die Nachfolge verschärft sich. Schon 1921 waren Tomski und Riazanow vom Zentralkomitee verbannt worden, weil es ihnen nicht gelungen war, auf dem Kongreß der Gewerkschaften die Resolution des Zentralkomitees der Partei zur Annahme zu bringen. Nach Lenins Tod ist die Macht beim Zentralkomitee, resp. dessen Politbüro, dem Orgbüro und dem Sekretariat zentralisiert. Die Mitgliederzahl der Partei betrug zu Beginn des Jahres 1923 485 000 Mitglieder (1914 10 000, April 1917 40 000, März 1919 314 000, März 1921 730 000). Noch vor Lenins Tod wurde das Zentralkomitee auf 50 Mitglieder erweitert. Stalin, Sinowiew und Kamenew vereinigen sich, um Trotzki im Politbüro zu isolieren. Anhänger Trotzki werden verbannt oder ins Ausland geschickt (Krassin, Joffe, Krestinski, Ossinski, Kollontay, Rakowski usw.). Am 15. Oktober 1923 verteidigen Trotzki's Anhänger (Piatakow, Préobrajenski, Sérébriakow, Smirnow, Antonow, Ossinski, Bubnow, Rosengoltz, Radek u. a.; im ganzen 46) den demokratischen Zentralismus innerhalb der Partei.

Im Verlaufe des Jahres 1924 dehnt Stalin seinen Einfluß aus, die »Troika« Stalin, Sinowiew und Kamenew stellt den Trotzkiismus dem Leninismus gegenüber. Im Januar 1925 scheidet Trotzki aus dem Revolutionären Kriegsrat aus, wird aber auf Grund eines Vetos Stalins noch nicht aus der Partei ausgeschlossen. Stalin verwandelt das Sekretariat in die Exekutive, indem der Einfluß des Politbüros zurückgedrängt wird. Im siebengliedrigen Politbüro stehen nun auf Stalins Seite Bucharin, Rykow und Tomski gegen Sinowiew, Kamenew und Trotzki. Auch unter den vier Ersatzmännern Kalinin, Molotow, Dzerjinski und Sokolnikow ist nur letzterer gegen Stalin. Im Dezember 1925 weigert sich Stalin am Parteikongreß, Bucharin Sinowiew zu opfern: Sinowiew habe das Blut Bucharins gefordert. »Wir werden es euch nicht geben, das sollen sie wissen.« Die Partei

zählt zu dieser Zeit über 1 Million Mitglieder, deshalb wird das Zentralkomitee auf 106 Mitglieder, die Kontrollkommission auf 163 Mitglieder vergrößert. Das Politbüro wird auf 9 Mitglieder erweitert: Stalin, Trotzki, Sinowiew, Bucharin, Rykow, Tomski, Kalinin, Molotow und Woroschilow; Kamenew wird Ersatzmann neben Dzerjinski, Ouglanow, Pétrowski, Roudzoutak.

Am 20. Juli 1926 stirbt Dzerjinski, der Gründer der Tscheka. Im Juli 1926 wird Sinowiew aus dem Politbüro ausgeschlossen, Kamenew als Vorsitzender des Moskauer Sowjets abgesetzt, Ordjonikidzé, Kirow, Kaganowitsch u. a. werden als Anwärter des Politbüros ernannt. Am 16. Oktober kapituliert die Opposition, bezichtigt sich des Disziplinbruches. Trotzki und Kamenew werden im Politbüro durch Kouibychew und Kossior ersetzt, Sinowiew tritt vom Präsidium der Dritten Internationale zurück. Im Oktober 1927 werden Sinowiew und Trotzki auch aus dem Zentralkomitee der Partei entfernt, am 15. November 1927 aus der Partei ausgeschlossen. Joffe begeht Selbstmord. Der Rätekongreß stimmt diesen Ausschlüssen »einstimmig« zu und beschließt, nur noch alle zwei Jahre zusammenzutreten. Am 18. Dezember werden 75 Mitglieder der Oppositionsgruppen ausgeschlossen. Am 19. Januar 1928 werden Trotzki, Radek, Préobrajenski, Sérébriakow, Smirnow, Muralow u. a. deportiert, Rakowski muß Moskau verlassen, Sinowiew und Kamenew betteln um Gnade, gestehen ihren »Irrtum« ein und beschimpfen Trotzki öffentlich durch die Presse.

Im Sommer 1928 gewinnt die Rechtsopposition im Politbüro mit Bucharin, Rykow, Tomski, Woroschilow und Kalinin die Mehrheit. Aber Stalin versteht Woroschilow und Kalinin wieder auf seine Seite zu ziehen. Bucharins Gruppe knüpft Verbindungen mit Sinowiew und Kamenew an.

Nach der Erklärung von 500 führenden Kommunisten gegen Stalins Politik in Rußland und China im Jahre 1927 proklamierte Stalin auf dem 15. Parteitag der KPR. die Parole des *Aufbaues des Sozialismus in einem Lande* und leitete damit die Politik der Fünfjahrespläne ein.

Im Januar 1929 wird Trotzki nach der Türkei ausgewiesen. Der 6. Weltkongreß der Dritten Internationale vom Sommer hält an der Taktik der Einheitsfront fest, trotzdem gleichzeitig die Sozialdemokratie als »sozialfaschistische« Partei denunziert wird. Erst der 7. Weltkongreß vom Sommer 1935 tritt nach dem Siege Hitlers in Deutschland für die Volksfronttaktik ein.

1. Dezember 1934. Mord an Kirow in Leningrad.

15./16. Januar 1935. *Erster Prozeß* gegen das »Moskauer Zentrum« Sinowiews und Kamenews.

24. August 1936. *Verurteilung der Sinowiew-Kamenew-Gruppe* auf Grund eines zweiten Verfahrens als angebliche Anstifter des Mordes an Kirow zum Tode.

23.—30. Januar 1937. Prozeß gegen das sogenannte »*Trotzkistische Zentrum*« (Radek, Piatakow usw.).

Sommer 1937. Erschießung einer Reihe von hohen und höchsten Militärs nach geheimer Verhandlung (Tuchatschewski-Prozeß).

März 1938. *Bucharin-Prozeß* endet mit 18 Todesurteilen, die sofort vollstreckt werden. Die im Laufe des Jahres 1937/1938 vollstreckten Todesurteile wegen Sabotage, Spionage, »trozkistischer« Tätigkeit sollen sich auf über 6000 belaufen.

Nach diesen Prozessen wurden erschossen u. a. Sinowiew, Karachan, Kamenew, Smirnow, Piatakow, Sokolnikow, Sérébriakow, Muralow, Bucharin, Rykow, Jagoda, Krestinski, Rosengoltz. Zu Gefängnisstrafen wurden verurteilt u. a. Radek und Rakowski.

Von den führenden Bolschewisten der alten Garde sind eines natürlichen Todes vor Durchführung dieser Prozesse gestorben: Lenin, Swerdlow, Losowski, Préobrajenski, Krassin, Tschitscherin, Dserzinski, Lunatscharski, Kalinin. Joffe, Tomski u. a. verübten Selbstmord.

*Es leben noch u. a. Stalin, Molotow, Woroschilow, im Auslande Trotzki.*

Angeklagt waren Sinowiew, Kamenew, Jewdokimows, Mratschkowskis der Organisation von Terrorakten gegen Stalin, Woroschilow, Kaganowitsch, Kirow, Kossior, Ordshonikidse. Analoges »Verbrechen« waren angeklagt die Trotzkiisten Smirnow, Ter-Waganjan, Mratschkowski, Leo Trotzki und sein Sohn Sedow.

Die Angeklagten des Radek-Prozesses wurden beschuldigt: 1. der Spionage zugunsten von Deutschland und Japan; 2. der Organisation von Terroristengruppen zur Beseitigung von Stalin, Molotow, Ordshonikidse; 3. der Wiederherstellung des Kapitalismus in Sowjetrußland und der aktiven Unterstützung ausländischer sowjetfeindlicher Regierungen; 4. der Durchführung von Sabotageakten in der Industrie zur Schädigung des sozialistischen Aufbaues.

Die Angeklagten des Bucharin-Prozesses klagten sich an der Beziehung mit dem deutschen Generalstab seit dem Jahre 1921, dem britischen Geheimdienst seit 1924 und dem japanischen Spionagedienst seit 1934. Sie sollen auch schon 1918 ein Komplott zur Ermordung Stalins, Swerdlows und Lenins geplant haben. Ebenso wurden die Angeklagten der Sabotage und Spionage beschuldigt.

Objektiv festgestellt ist eine Reihe von anderen Tatsachen: Zahlreiche Angaben des Prozeßberichtes über den Radek-Prozeß enthalten unwahre Behauptungen der sich selbst bezichtigenden Angeklagten. So waren die verschiedenen angeblichen Besprechungen mit Trotzki örtlich nicht möglich, Piatakow kann nicht mit einem Flugzeug nach Oslo geflogen sein, weil zu der angegebenen Zeit überhaupt keine Flugzeuge in Oslo landeten; die angeblichen Sabotageakte in der Wirtschaft halten einer technischen Kritik nicht stand.

Analoge Bemerkungen gelten gegenüber dem Bucharin-Prozeß: Bulanows Zusammenkunft mit Trotzki in Meran im Oktober 1933 ist unmöglich, weil Trotzki nie in Italien war. Bessonow will an Trotzki einen Brief im Auftrage Krestinskis geschickt haben, als Trotzki auf offenem Meere fuhr. Angebliche Unterredungen mit ausländischen



Korrespondenten und anderen Persönlichkeiten sind von diesen durchweg kategorisch als Erfindungen bezeichnet worden.

Der Bucharin-Prozeß hat wohl auch deutlich genug in den Mechanismus der »Geständnisse« hineingeleuchtet: die Geständnisse sind durch Druck auf die Angehörigen erzielt worden, wie es Radeks Veräterrolle und der Versuch Krestinskis, zu opponieren, belegt haben.

Es erübrigt sich, auf weitere Einzelheiten aufmerksam zu machen. Wer die Behauptungen der Russenprozesse mit der politischen Entwicklung der russischen Diktatur konfrontiert, erkennt, daß die innere Logik dieses geschichtlichen Prozesses die Logik der Diktatur ist: *Aus der Diktatur der bolschewistischen Partei im Namen der Arbeiterklasse wurde die Diktatur der Bürokratie über die Arbeiterklasse ausgeübt durch das Politbüro, worauf der zwangsläufige Kampf um die Macht zur Diktatur der Sekretäre über die Partei und das Politbüro und schließlich zur persönlichen Diktatur Stalins führte.*

Stalin ist es gelungen, alle seine politischen Gegner zu besiegen, weil diese gegen Stalin mit den Parolen der kommunistischen Diktatur kämpften, weil sie immer wieder die der Vergangenheit angehörende Entwicklungsstufe als Zeuge gegen die gewandelte Gegenwart beschworen, sich aber nicht freimachen konnten von dem Dogma, daß nur eine »einzige Partei« und nur die »innere Einheit« und »Geschlossenheit« die Diktatur zu sichern vermöge.

Damit war die blutige Selbstkritik der Diktatur unvermeidlich geworden, sobald wirtschaftliche Schwierigkeiten die seinerzeit formulierten freigebigen Versprechungen über den raschen und mühelosen Aufstieg durch Fünfjahrespläne, Stachanow-Bewegungen usw. Lügen strafte. Stalin hat die alte Garde des Bolschewismus, sofern sie sich nicht restlos seiner Macht unterwarf und Bestandteil der Stalin-klie wurde, politisch ausgeschaltet, physisch vernichtet und moralisch diskreditiert\*.

Damit ist der Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie besiegelt. Schon vor Jahren (1926) plante Stalin die Entnationalisierung des russischen Bodens, vermochte sich aber mit dieser programmatischen Forderung gegenüber dem starren Doktrinarismus der alten Garde nicht durchzusetzen. Wenn überhaupt die blutige Beseitigung der führenden Köpfe des Bolschewismus einen geschichtlichen Sinn haben kann, so nur den, daß Stalin resp. seine Nachfolger jene Revision der russischen Wirtschaftspolitik durchführen werden, die durch die Mißerfolge der verbürokratisierten Wirtschaftsführung einfach unvermeidlich geworden sind.

Zweifellos stehen uns noch große Ueberraschungen bevor. Die Ent-

---

\* Es möge in diesem Zusammenhang nur noch darauf verwiesen werden, daß N. Bucharin nach Marx mit Hilferding, Otto Bauer und Rosa Luxemburg wohl zu den bedeutendsten Theoretikern des Marxismus gehört. Bucharins Aufsätze über den Imperialismus und den Akkumulationsprozeß des Kapitals sowie die »Politische Oekonomie des Rentners« zeugen von außergewöhnlich großen theoretischen Fähigkeiten.

wicklung steht nicht still. Der bolschewistische Staatsstreich des Jahres 1917 hat eine *neue herrschende Klasse*, die Klasse der Militär-, Polizei-, Sekretär- und anderen Bürokraten an die Macht gebracht. Diese Klasse prägt der russischen Entwicklung ihren Stempel auf. Die Diktatur hat eine neue Klassenherrschaft geboren. Darum mußten die Ideologen, die geistigen Zeugen der idealistischen Vergangenheit, des Bolschewismus fallen. Zurückgeblieben ist der Alltag. Aus den Kellern der GPU. tropft immer noch das Blut, das seit langen Jahren den Boden Rußlands rötet. Und noch ist kein Ende des Prozesses der Selbstzerfleischung der Diktatur abzusehen.

---

## Der sozialdemokratische Wahlerfolg in Basel – ein Triumph der Demokratie

Von Ernst Weber.

Am 20. Februar hatte das Volk des Kantons Basel-Stadt das Urteil zu sprechen über die Arbeit der roten Regierung. Die drei Jahre heißen Bemühens, im Interesse des Gemeinwesens Arbeit zu beschaffen und den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, fanden bei den Stimmberechtigten Anerkennung. Die Wiederwahl war ein glänzendes Zutrauensvotum. Die Mehrheit, die 1935 knapp errungen wurde, erhielt eine Bestätigung, deren Wucht im ganzen Lande Verwunderung erregte. Im ersten Wahlgang zogen die vier sozialdemokratischen Vertreter wieder in die Regierung ein mit den Rekordzahlen von 22 804 bis 24 012 Stimmen. Ihre bürgerlichen Konkurrenten blieben mit rund 6000 Stimmen im Rückstand und unter dem absoluten Mehr.

Der Aufmarsch zur Urne war gewaltig. Eine Beteiligung von 80 Prozent der Stimmberechtigten darf in Basel als gut bezeichnet werden. Das Resultat der Großratswahlen erhöht noch den Eindruck des sozialistischen Regierungssieges. Unsere Partei gewann 5 Mandate und entsendet nun 51 Vertreter ins kantonale Parlament. Die Kommunisten behaupteten 15 ihrer bisherigen 16 Sitze, so daß nun im Großen Rat eine klare Linksmehrheit besteht, die über 66 Mandate im 130 Mitglieder zählenden Parlament verfügt.

Die sozialdemokratischen Regierungsräte waren im Wahlkampf von den Kommunisten, der Evangelischen Volkspartei und den Freiwirtschaftlern unterstützt worden. Alle diese Parteien brachten aber mit den Sozialdemokraten zusammen in den Großratswahlen nur etwas über 19 000 Stimmen auf. Das beweist, daß weitere 4000 bis 5000 Stimmberechtigte für die rote Mehrheit in der Regierung stimmten. Diese loyale Anerkennung der Leistungen trotz dem vom Bürgerblock perfid geführten Wahlkampf ist ein Triumph der Demokratie. In einem reifen demokratischen Staatswesen läßt sich der Stimmberechtigte nicht glattweg für einen ungerechtfertigten Machtkampf mißbrauchen.

Damit hatte nicht nur der sozialdemokratische Regierungskurs die verdiente Rechtfertigung erhalten. Das Volk verurteilte gleichzeitig

## NEUE BÜCHER

---

Klaus Bühler: **Englands Schatten über Europa.** 300 Jahre englische Außenpolitik. Paris 1938. Editions Nouvelles Internationales. 253 Seiten.

300 Jahre britischer Außenpolitik, so lautet der Untertitel dieser gerade im gegenwärtigen Moment recht aktuellen Schrift. Im ersten, offenbar etwas rasch niedergeschriebenen Teil wird die englische Außenpolitik von 1588 bis 1919 skizziert, gezeigt, wie England immer wieder bestrebt war, auf dem europäischen Kontinent ein politisches Gleichgewicht herbeizuführen. In diesem Zusammenhang erscheint die Begründung der Großmachtstellung Preußens durch Friedrich II., »Englands Degen«, als ein bewußter Akt der englischen Gleichgewichtspolitik, ebenso die Reihe der Koalitionskriege gegen Napoleon, die schließlich mit dessen Sturz endeten. Die Pax Britannica ruht auf der »Balance of Power«.

Im zweiten, umfangreicheren Teil schildert der Verfasser die europäische Politik von 1919 bis 1937. Der eigentliche europäische Sieger des Weltkrieges war Großbritannien, das sein Reich um den Indischen Ozean herum aufrichten konnte. Die französische Vormachtstellung auf dem Kontinent ist von England seit 1919 systematisch untergraben worden. England setzte an Stelle der von Frankreich geforderten Sachlieferungen die Leistung der Reparationen in Form von Barzahlungen durch. Im Völkerbund, in dem Großbritannien mit Hilfe der Stimmen seiner Dominien über mehrfaches Stimmrecht gebot, wurde Frankreich systematisch isoliert, sein Bedürfnis nach politischer und militärischer Sicherung unbefriedigt gelassen. England ließ zunächst Mussolini, später

Hitler freie Hand. Am 7. März 1936, dem Tage des Einmarsches der Reichswehr im Rheinland, hat England Frankreich vor dem Gegenschlag zurückgehalten. Die englische Aufrüstung dient nach dem Verfasser nur als Mittel, Deutschlands Expansionsdrang gegen den Osten zu wenden. Im übrigen seien die Grundlagen der englischen Politik: a) Die Aufrechterhaltung der Balance of Power in Europa; b) die Erhaltung der britischen Seeherrschaft zur See; c) die Erhaltung einer schwachen Macht in den Niederlanden. Der europäische Kontinent könne der Spaltung durch die englische Politik nur durch einen politischen Zusammenschluß Kontinentaleuropas entgehen. »Die Einigung des europäischen Kontinents ist dem europäischen Menschen als sittliche Pflicht zugewiesen.«

Gewiß ist das vorliegende Werk einseitig. Vor allem sind gewisse wirtschaftliche Faktoren wenig berücksichtigt, ist die Frage kaum geklärt, ob nicht das außenpolitische Spiel Englands bereits zu einer Ueberrundung durch Hitler und Mussolini geführt hat. Aber besonders im zweiten, der Nachkriegszeit gewidmeten Teil findet der aufmerksame Leser eine überraschend reiche Auswahl von trefflichen außenpolitischen Hinweisen, welche das aufmerksame Studium dieser Schrift zum anregenden Genuß machen.

Emil J. Walter.

### Druckfehlerberichtigung.

Im Artikel »Blutige Selbstkritik der Diktatur« ist ein sinnloser Druckfehler stehengeblieben. S. 258 sollte es heißen: 17. Juli bis 7. August 1920 (statt 7. Aug. 1919 bis 17. Juli 1919).